

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15981  
Mittwoch, 27. Jänner 2021

Köstinger: Brauchen umfassende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln . . . . .	1
Moosbrugger: Herkunftskennzeichnungs-Vorschlag völlig unbefriedigend . . . . .	2
GFFA-Forum: Künstliches Fleisch ist eine Sackgasse . . . . .	3
Wintertagung: Versorgungssicherheit gewinnt weiter an Bedeutung . . . . .	4
Montecuccoli: Außernutzungstellung von Wäldern ist gefährliches Missverständnis . . . . .	6
Bauernbund: Minimalkompromisse bei Kennzeichnung von Lebensmitteln vermeiden . . . . .	7
Bauernvertreter sehen Entwurf für Herkunftskennzeichnung als unzureichend . . . . .	8
Russland zieht Getreide-Exportzölle an . . . . .	9
Leipnik-Lundenburger profitierte 2020 von hoher Nachfrage nach Markenmehlen . . . . .	9
Land Tirol stellt 35.267 ha landwirtschaftliche Vorsorgeflächen unter Schutz . . . . .	11
LK NÖ: Qualitätsmarke "Gutes vom Bauernhof" für klare Marktpositionierung nutzen . . . . .	12
Projekt LIFE WolfAlps EU zur besseren Koexistenz von Wolf und Mensch im Alpenraum . . . . .	13
Engerlinge im Grünland: Webinar über Prävention und Bekämpfung . . . . .	14
34 neue Imkerfacharbeiter an der LFS Warth ausgebildet . . . . .	15

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## Köstinger: Brauchen umfassende Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln

Verordnungsentwurf ist erster Schritt, geht aber noch nicht weit genug

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - "Der heute vom Gesundheitsministerium präsentierte Entwurf für die Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung ist ein wichtiger erster Schritt für mehr Transparenz in diesem Bereich", sagt Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger**. "Aus meiner Sicht geht er aber noch nicht weit genug, es braucht auch eine Ausweitung auf verarbeitete Produkte. Die Menschen müssen sowohl in Kantinen als auch beim Griff ins Regal problemlos erkennen können, woher die Lebensmittel stammen, die in den Produkten verarbeitet sind", so Köstinger. \* \* \* \*

Der von Gesundheitsminister **Rudolf Anschober** präsentierte Verordnungsentwurf sieht vor, dass künftig die Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung für Speisen, die Rindfleisch oder Eier enthalten, verbindlich vorgeschrieben wird. "Wenn das Landwirtschaftsministerium keine Einwände erhebt, können wir das Notifizierungsverfahren einleiten", erklärte Anschober in einer Aussendung. Da die Lebensmittelkennzeichnung auf EU-Ebene sehr strikt geregelt sei und nur einen begrenzten Spielraum für nationale Maßnahmen lasse, müsse man der EU-Kommission den Entwurfstext vorab übermitteln, dann beginne eine dreimonatige Stillhaltefrist. "Sollte es keine Einwände geben, wären wir ein entscheidendes Stück weiter beim Umsetzen des Regierungsübereinkommens", so Anschober.

### Experten-Gutachten gibt juristische Rückendeckung für Umsetzung

"Ich bin froh, dass nun endlich Bewegung in diesen Themenbereich kommt", erklärt Köstinger dazu. "Die größtmögliche Transparenz bei Lebensmitteln ist eines der wichtigsten Anliegen der Landwirtschaft, daher haben wir das auch im Regierungsprogramm sehr konkret vereinbart. Ich bedanke mich beim Gesundheitsminister, dass er sein Ressort dazu gebracht hat, nun einen Entwurf vorzulegen. Wir haben das seit Jahren immer und immer wieder urgiert, die jetzige Vorlage ist ein wichtiger Anfang", so die Ministerin.

Köstinger verweist in diesem Zusammenhang auch auf ein aktuelles Gutachten des Europarechts-Experten **Walter Obwexer**, das von den beiden Ministerien gemeinsam beauftragt wurde. Dieses Rechtsgutachten kommt zu dem klaren Schluss, dass die Einführung einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung im Sinne des Regierungsprogramms (verarbeitete Produkte und Gemeinschaftsverpflegung) für jene Lebensmittel möglich ist, für die Sonderregelungen gelten, zum Beispiel Rindfleisch und Eier. Für jene Produkte, die unter die Lebensmittelinformations-Verordnung fallen, ist dies rechtlich ebenfalls möglich, allerdings nur unter den strengen Voraussetzungen von Artikel 39 dieser Verordnung (Nachweis einer Verbindung zwischen Qualität und Herkunft, nur bestimmte Kategorien von Lebensmitteln). Für die Notifizierung einer solchen Regelung ist laut Artikel 45 eine fachliche Untermauerung und eine Vorab-Mitteilung an die EU-Kommission erforderlich. Für alle verarbeiteten Lebensmittel ist überdies - im Falle einer verpflichtenden oder freiwilligen Herkunftsangabe - die Primärzutatenverordnung anzuwenden.

"Unser Ziel ist es, dass wir diese Herkunftskennzeichnung bereits 2021 umsetzen und in Kraft treten lassen können", bekräftigt Köstinger. "Es braucht endlich mehr Transparenz, sei es in Kantinen,

öffentlichen Einrichtungen, Mensen, Alters- und Pflegeheimen - aber eben auch bei verarbeiteten Produkten. Wir unterstützen den Gesundheitsminister bei allen Anstrengungen, die dazu führen, dass es diese Transparenz über die Herkunft der verwendeten Lebensmittel künftig gibt. Wir werden den vorliegenden Entwurf nun um die nötigen Erweiterungen ergänzen und mit dem Gesundheitsministerium abstimmen", kündigt Köstinger an. (Schluss) kam

## **Moosbrugger: Herkunftskennzeichnungs-Vorschlag völlig unbefriedigend**

### **Landwirtschaft fordert Umsetzung des Regierungsprogramms**

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - "Wir sind mit dem Vorschlag des Gesundheitsministers, eine Herkunftskennzeichnung nur für die Gemeinschaftsverpflegung festzulegen, völlig unzufrieden. Im Regierungsübereinkommen ist vereinbart, dass eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für die echte Gemeinschaftsverpflegung, also für Kantinen etc., und für verarbeitete Produkte im Lebensmittelhandel umgesetzt wird. Das ist wichtig, weil es in diesen Bereichen um die großen Mengen geht, dort müssen wir zuerst ansetzen. Was hier vom Gesundheitsministerium vorgeschlagen wird, ist bestenfalls ein erster Schritt und völlig unzureichend. Wir bestehen weiterhin auf einer Kennzeichnung auch bei verarbeiteten Produkten, wie im Regierungsprogramm vorgesehen", erklärt **Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich. \* \*

### **Alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen**

"Es ist uns auch nicht klar, warum sich der Gesundheitsminister nicht an dem von seinem Ministerium gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten orientiert, das aufzeigt, wie man den Rechtsrahmen für eine nationale Herkunftskennzeichnung nutzen kann. Wenn einer der renommiertesten Europarechts-Experten des Landes rechtliche Möglichkeiten für eine nationale verpflichtende Herkunftskennzeichnung darlegt, dann sollte man doch diesen Weg beschreiten: Umsetzen, was möglich ist, nämlich die verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Erzeugnissen und in der Gemeinschaftsverpflegung bei den Produktkategorien Rindfleisch(erzeugnisse) und Eiprodukte beziehungsweise die Erweiterung auf andere Produktgruppen unter der Berücksichtigung von Qualitätskriterien - das müsste das Motto sein. Wir appellieren dringend an den Gesundheitsminister, das vereinbarte Regierungsprogramm rasch - mit Berücksichtigung aller juristischen Erkenntnisse - umzusetzen", so Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2021-01-27/12:24

## **GFFA-Forum: Künstliches Fleisch ist eine Sackgasse**

Tierbasierte Bioökonomie: Verwertung nicht essbarer Biomasse spielt große Rolle

Berlin, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Experten aus dem Bereich Tierernährung diskutierten auf dem Global Forum for Food and Agriculture 2021 (GFFA) globale und lokale Möglichkeiten zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks von Futtermitteln. Das Fachpodium zum Thema "Nachhaltige Futtermittel für nachhaltige Lebensmittel: Globale Lösungen für Klimaresilienz und Klimaschutz" wurde vom Deutschen Verband Tiernahrung (DVT) und vom europäischen Futtermittelverband (FEFAC) ausgerichtet. \* \* \* \*

**Wolfgang Trunk** von der Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (SANTE) der EU-Kommission strich die Bedeutung von Futtermitteln in der Wertschöpfungskette sowie in der "Farm to Fork"-Strategie als Teil der Lösung hervor. In diesem Zusammenhang nannte Trunk unter anderem die Green Claims und die Überarbeitung der Verordnung zu Futterzusatzstoffen. "Ziel ist die Reduzierung des Umwelteinflusses aus der Nutztierhaltung. Die Tierernährung kann auch Teil der Lösung beim Kampf gegen Antibiotikaresistenzen sein", meinte Trunk.

**Wilhelm Windisch**, Lehrstuhlinhaber für Tierernährung von der Technischen Universität München, erläuterte sein Konzept der tierbasierten Bioökonomie und hob dabei die Rolle der Tiere bei der Verwertung von nicht essbarer Biomasse (aus Nebenprodukten, Grünland) hervor: "80% der pflanzlich angebauten beziehungsweise erzeugten Lebensmittel sind für Menschen nicht essbar. Diese Menge enthält jedoch sehr viele Nährstoffe, unter anderem Stickstoff und Phosphor. Um diese sinnvoll für den Pflanzenbau wiederverwerten zu können, ist die Verfütterung an Tiere und damit die Tierhaltung sinnvoll. Von den Tieren erhalten wir dann noch wertvolle tierische Lebensmittel. Das ist eine Win-win-Situation, denn so ist das Vieh der effizienteste Verwerter von nicht essbarer Biomasse - und deshalb brauchen wir die Nutztierhaltung."

Windisch wies auch auf die Herausforderungen bei der Entwicklung nachhaltiger Lebensmittelproduktionssysteme hin, wie beispielsweise die Tatsache, dass Tiere mit hoher Effizienz und geringen Emissionsraten (wie Geflügel) häufig durch die Fütterung mit essbarer Biomasse in direktem Nahrungswettbewerb zum Menschen stünden. Windisch warnte davor, künstliches Fleisch und Imitate von tierischen Lebensmitteln als beste Alternativen anzusehen: "Es ist eine Sackgasse: Die Nachahmung von tierischen Produkten steigert die Erzeugung von nicht essbarer Biomasse, und die Herstellung von Fleischersatzprodukten erhöht den Wettbewerb mit Lebensmitteln, da Substrat für Nährböden aus Lebensmitteln gewonnen werden", gab der Wissenschaftler zu bedenken.

### **Van Duinkerken: Rein pflanzliche Ernährung benötigt mehr Ackerfläche**

Auch **Gert van Duinkerken**, Leiter der Nutztierforschung an der Universität Wageningen, stellte eine tierbasierte Bioökonomie heraus: "Da Tiere die Möglichkeit besitzen, hochwertiges Eiweiß aus für Menschen nicht essbarer Biomasse zu gewinnen, können sie ein Drittel des täglichen Eiweißbedarfs der Menschen herstellen, ohne in Konkurrenz mit dem Menschen zu treten. Deshalb würden wir bei rein pflanzlicher Ernährung der Bevölkerung mehr Ackerfläche benötigen als bei einer Landwirtschaft mit Tierhaltung, um die erforderliche Eiweißmenge für die menschliche Ernährung zu gewinnen." Er wies darauf hin, dass es wichtig sei, den Fokus mehr auf eine gesamte agro-ökologische Effizienz zu setzen mit der Frage: Wie können wir bestmöglich Neben- und Koppelprodukte der Lebensmittelherstellung in der Tierernährung verwenden? "Bei alledem bleibt die Widerstandsfähigkeit

und Gesundheit der Tiere der Schlüsselfaktor", so van Duinkerken. Wichtig sei, weniger in den einzelnen Sparten Boden - Pflanze - Tier zu denken, sondern eher zusammen und integrativ.

### **Dijkstra: Methan hat deutlich geringere Lebensdauer als CO2**

**Jan Dijkstra**, Professor für Tierernährung von Wiederkäuern an der Universität Wageningen, strich die deutlich geringere Lebensdauer von Methan im Gegensatz zu CO2 hervor. "Methan verbleibt zirka zwölf Jahre in der Atmosphäre, bevor es zerfällt. Schaffen wir es also, die Methanemissionen in der Rinderhaltung auf ein niedriges und stabiles Niveau zu senken, können wir ein Gleichgewicht in der Atmosphäre herstellen und somit eine zusätzliche negative Klimawirkung der Methanemissionen vermeiden.", so Dijkstra. Diverse Nahrungsergänzungsmittel und Zusatzstoffe sowie Fett, Algen oder Nitrate könnten dabei helfen.

FEFAC-Präsident **Asbjørn Børsting** sprach über die GFLI-Datenbank für aussagekräftige Umweltbewertungen von Futtermitteln. "Wir haben zusammen mit Wissenschaftlern ein robustes Datentool zum Klima-Fußabdruck für den Futtermittelsektor geschaffen. Darin sind derzeit rund 1.500 Rohstoffe global eingeschlossen. Das ist ein Werkzeugkasten, mit dem wir Futtermittelkomponenten optimieren können, um den Fußabdruck zu reduzieren", betonte Børsting. (Schluss)

## **Wintertagung: Versorgungssicherheit gewinnt weiter an Bedeutung**

Fankhauser: Lehren aus Corona-Krise in künftige GAP einbringen

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Beim diesjährigen Fachtag Ackerbau im Rahmen der Wintertagung 2021 des Ökosozialen Forums diskutierten die Teilnehmer die Auswirkungen der COVID-Krise, die in Österreichs Landwirtschaft, aber auch am Weltmarkt deutlich spürbar sind. Sie zeigten auf, dass Versorgungssicherheit mehr als nur ein theoretisches Konzept ist und welchen Aspekten man sich in der Praxis besonders widmen muss. Insgesamt waren rund 830 Teilnehmer via Livestream dabei. In der Mediathek sind zudem Vorträge von Experten abrufbar, die sich der Versorgungssicherheit der Bäuerinnen und Bauern mit Betriebsmitteln sowie dem Spagat zwischen Versorgungssicherheit und Umweltschutz widmen. \* \* \* \*

### **Pernkopf: Wollen hohe Eigenversorgung aus regionaler Landwirtschaft**

Der Präsident des Ökosozialen Forums, **Stephan Pernkopf**, betonte in seinem Eingangsstatement, dass die Corona-Pandemie spezielle Herausforderungen für die Landwirtinnen und Landwirte mit sich brachte. "Wir sind für die Zukunft gut aufgestellt, müssen aber dafür sorgen, dass es in Europa vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums mehr landwirtschaftliche Produktion und eine hohe Selbstversorgung aus einer regionalen Erzeugung braucht. Der Green Deal darf nicht zum Vorwand für einen Generalangriff auf die Landwirtschaft werden. Wir wollen eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft, also eine Produktion mit höchsten Standards vor der eigenen Haustür. Nur so können wir sicherstellen, dass keine Produkte, die unter fragwürdigen Standards hergestellt wurden, den Weg in unsere Regale finden."

## **Burtscher: Müssen europäische Standards auch von Drittstaaten einfordern**

**Wolfgang Burtscher**, Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in der EU-Kommission, beleuchtete vor dem Hintergrund des Green Deals internationale Herausforderungen und Lösungsansätze der Agrarpolitik: "Durch die Corona-Krise wurden die Rufe nach Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten immer lauter. Auch auf EU-Ebene ist die strategische Autonomie ein zunehmend wichtigeres Thema. Der Ansatz ist, Vorteile des offenen Handelssystems zu kombinieren mit der Notwendigkeit, die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten zu reduzieren, um die Versorgungssicherheit zu stärken. Anders gesagt: Wir müssen Chancen nützen, aber die Abhängigkeit in heiklen Sektoren reduzieren."

"Europa ist bei der Lebensmittelversorgung sehr erfolgreich. Eine gute und kontinuierliche Gemeinsame Agrarpolitik hat dazu beigetragen, einen Binnenmarkt aufzubauen, der wesentlich war, um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten. Die EU hat insgesamt einen hohen Selbstversorgungsgrad bei nahezu allen agrarischen und tierischen Produkten. Mängel in einzelnen Staaten werden durch innergemeinschaftlichen Handel abgedeckt. Aber bei Futtermitteln werden 25% im Ausland produziert, und auch bei mineralischen Düngemitteln sind wir auf Importe angewiesen. Wir brauchen daher eine vernünftige Kombination aller Handelsströme: Kürzere Ketten auf regionaler Ebene, ohne dem Binnenmarkt zu schaden, aber dennoch auch weltweiten Handel", so Burtscher.

"Freihandelsabkommen bedeuten zwar grundsätzlich eine Liberalisierung und auch Vorteile für Europa, aber die heimischen Landwirte sorgen sich, dass sie hohe Standards erfüllen müssen, Drittstaaten jedoch nicht. Das führt unweigerlich zu Wettbewerbsverzerrungen. Zwei Punkte sind deshalb wichtig: Erstens, Europa muss bei Handelsabkommen stärker darauf achten, dass Drittstaaten ähnliche Vorgaben einzuhalten haben. Zweitens, wenn es zur Einfuhr kommt, darf es keine Kompromisse bei Gesundheitsstandards geben", unterstrich der Vertreter der EU-Kommission.

## **Fankhauser: Lebensmittelversorgung krisenfester machen**

Die Lehren aus der Corona-Pandemie, die dazu in Auftrag gegebene Studie sowie Chancen der aktuellen Krisen erläuterte **Johannes Fankhauser**, Leiter der Sektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im BMLRT. "Die Krise hat gezeigt, dass die Landwirtschaft krisenfest ist, aber dass es auch Grenzen gibt. Bei Mehl und Teigwaren war die Nachfrage immens, aber die heimischen Mühlen haben gut reagiert und die Produktion hochgefahren. Insgesamt muss festgehalten werden, dass die Lebensmittelversorgung und die gesamte Wertschöpfungskette von der Landwirtschaft über die Verarbeitung bis zum Teller große Auswirkungen auf die Beschäftigung in Österreich haben. Gleichzeitig gibt es eine große Abhängigkeit der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche von ausländischen Arbeitskräften", so Fankhauser.

"Wir stehen zu den internationalen Handelsbeziehungen und sind klar exportorientiert, aber auch der Inlandsmarkt muss berücksichtigt werden. Das BMLRT will daher die gesamte Wertschöpfungskette beleuchten und gemeinsam mit der Lebensmittelbranche an Lösungen zu folgenden Themen arbeiten: Produktionskette, Arbeitseinsatz, Absatzmarkt, Preisdruck und Fördermittel. Wir wollen das auch in die neue GAP einbringen, um die Lebensmittelversorgung krisenfester zu machen und Herausforderungen wie Klimawandel und Biodiversität bestmöglich zu lösen. Es geht dabei weniger um die Unterscheidung zwischen biologischer und konventioneller Landwirtschaft, sondern darum, Leistungen für Klima und Umwelt herauszustreichen und dabei den Bäuerinnen und Bauern

Flexibilität anzubieten. Wir haben dazu gemeinsam mit Partnern aus der Saatgutwirtschaft ein Projekt auf den Weg gebracht, um überregional klimaresistente Sorten zu züchten. Damit können wir den bäuerlichen Betrieben in Österreich auch künftig standortgerechte Sorten anbieten", sagte Fankhauser.

### **IGP fordert einen "Innovation Deal" für die Landwirtschaft**

Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) sieht sich durch die Ergebnisse bei den Fachtagen zu Landtechnik und Ackerbau in ihrer Forderung nach einem "Innovation Deal" bestätigt. "Es braucht einen klaren Fahrplan, um mehr Fortschritt in die Landwirtschaft zu bringen. Die Strategien der EU-Kommission nehmen den Landwirten zunehmend Produktionsmöglichkeiten, gleichzeitig fordern Agrarpolitik und Gesellschaft immer mehr Leistung. Das kann nicht funktionieren. Es braucht daher eine Abkehr vom agrarpolitischen Tunnelblick des Reduzierens und Verbietens hin zu einer Agrarpolitik des Ermöglichens, damit die Bäuerinnen und Bauern die Anforderungen erfüllen können, die an sie gestellt werden. Dazu zählt eine Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln aus einer regionalen Landwirtschaft", unterstreicht IGP-Obmann **Christian Stockmar**.

Die Hersteller von Pflanzenschutzmitteln sehen sich als Vorreiter und investieren bis 2030 insgesamt 10 Mrd. Euro in die Forschung und Entwicklung von digitalen Lösungen sowie zusätzlich 4 Mrd. Euro in die Entwicklung von biologischen Pflanzenschutzmitteln. "Dank besserer Wirkstoffe und Ausbringungstechnik konnten die Aufwandmengen seit den 1950er-Jahren um 95% reduziert werden. Trotz dieser enormen Reduktion ist es der globalen Landwirtschaft weiterhin möglich, bei gleichbleibenden Anbauflächen eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren", so Stockmar.

"Einseitige Reduktionsziele, wie sie in der 'Farm to Fork'- und der Biodiversitätsstrategie der EU-Kommission vorgesehen sind, gefährden diese Entwicklung. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn keine Alternativen angeboten werden", warnt der IGP-Obmann. Er nennt als Beispiel die teilflächenspezifische Bewirtschaftung auf Basis von Sensortechnik und Bodeninformationen, die im Zuge des Landtechnik-Fachtages der Wintertagung diskutiert wurde. "Diese Technologie leistet einen wichtigen Beitrag zur weiteren Minimierung des Betriebsmitteleinsatzes. Es braucht aber die richtigen Rahmenbedingungen, damit die Landwirte sie auch nutzen können. Wir plädieren dafür, dass Modelle zur Integration von Technologien auf den landwirtschaftlichen Betrieben sowie eine Förderung von Forschung und Entwicklung von neuen und alternativen Wirkstoffen in den Strategien des Green Deals verankert werden", betont Stockmar. (Schluss)

## **Montecuccoli: Außernutzungstellung von Wäldern ist gefährliches Missverständnis**

Wald und Holz sind Wundermittel gegen die Klimakrise

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Die Land&Forst Betriebe Österreich warnen vor der Außernutzungstellung von Wäldern als eine Maßnahme gegen die Klimakrise. Es handle sich dabei um ein "gefährliches Missverständnis". "Die Nutzung und Bewirtschaftung unserer Wälder ist aktiver Klimaschutz", rufen die Land&Forst Betriebe Österreich gemäß dem Motto "Wald nützen - Klima schützen" dazu auf, die Wundermittel im Kampf gegen die Klimakrise - nämlich Wald und Holz - aktiv zu nutzen. "Um Österreichs Energie- und Wirtschaftssystem für die Klimakrise zu rüsten, ist das Ziel 'Weg von fossilen und hin zu nachwachsenden Rohstoffen' von der Bundesregierung bereits klar

definiert. Heimische Land- und Forstwirte sind die wichtigsten Lieferanten des nachhaltigen Rohstoffes Holz sowie für erneuerbare Energien und somit unverzichtbarer Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel", unterstreicht **Felix Montecuccoli**, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich. \* \* \* \*

Mit gelebter Nachhaltigkeit seit vielen Generationen sei es gelungen, die Kohlenstoffspeicherung in Waldbeständen, Ackerböden und Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen zu erhöhen und den Holzvorrat zu steigern. "Und das Beste daran: Mit der Verwendung von Holz entsteht eine Win-win-win-Situation - fürs Klima, für die Gesellschaft und für die Wirtschaft. Eines ist daher klar: Der Kampf gegen den Klimawandel ist nur mit einer nachhaltigen und aktiven Landbewirtschaftung möglich", erklärt Montecuccoli, warum eine aktive und nachhaltige Bewirtschaftung unserer heimischen Wälder und die Verwendung des Rohstoffes Holz so wichtig sind.

Alle Wälder Österreichs werden seit Generationen nachhaltig bewirtschaftet: Das bedeutet, dass immer mehr Bäume nachwachsen als geerntet werden. Der Wald wächst also stetig. Alle Flächen, die genutzt werden oder Sturm und Borkenkäfer zum Opfer fallen, werden umgehend durch die Waldbesitzer wieder verjüngt - schneller als vom Gesetz vorgeschrieben. Durchforstung und Vornutzung bringen wieder Licht in den Wald. Somit können die jungen Pflanzen und Naturverjüngung besser und schneller wachsen. Junge Bäume speichern CO<sub>2</sub> noch viel effektiver als alte Bäume. Holz als erneuerbarer Rohstoff ist in der Lage, die für Klima und Menschen so schädlichen fossilen Rohstoffe zu ersetzen. Der geerntete Rohstoff Holz ist naturverträglich und wirkt wie ein zweiter Wald, da das CO<sub>2</sub> im Produkt gespeichert und erst dann wieder freigesetzt wird, wenn es thermisch genutzt wird oder verrottet. Ein nachhaltig bewirtschafteter Wald kann neben dem erneuerbaren Rohstoff Holz noch viele zusätzliche Leistungen für Klima, Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft erbringen. (Schluss)

## **Bauernbund: Minimalkompromisse bei Kennzeichnung von Lebensmitteln vermeiden**

Strasser begrüßt ersten Schritt von Anschober - Regierungsprogramm ist aber umzusetzen

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Die transparente Kennzeichnung der Herkunft von Lebensmitteln ist seit Jahren eine zentrale Forderung des Bauernbundes. Ein erster Verordnungsentwurf des Gesundheitsministeriums liegt jetzt vor. Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** ist damit jedoch noch nicht zufrieden: "Wir begrüßen den seit Monaten geforderten und endlich auf den Tisch gelegten Erstentwurf des Gesundheitsministeriums. Der Entwurf ist ein erster Schritt, enthält aber lediglich eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung für die Produkte Rindfleisch und Eier. Das ist nicht im Sinne der Bäuerinnen und Bauern und des Regierungsprogramms. Hier ist Bundesminister Rudolf Anschober gefordert, noch einmal nachzuschärfen", so Strasser. \* \* \* \*



## Schmalspurkompromiss nicht im Sinne der Bäuerinnen und Bauern

Der vom Gesundheitsministerium vorgelegte Entwurf enthält lediglich eine Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung für die Produkte Rindfleisch und Eier. "Was jetzt vorliegt, ist nur eine abgespeckte Version der Herkunftskennzeichnung. Bei verarbeiteten Produkten und in der Gemeinschaftsverpflegung bei Rindfleisch und -erzeugnissen, Eiprodukten und bei Obst und Gemüse ist eine Umsetzung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung rechtlich aber möglich", sagt Strasser. Das bestätigte ein Gutachten des Europarechtsexperten Walter Obwexer.

## Transparenz bei Lebensmitteln ist gemeinsames Ziel

"Die vollständige Umsetzung des Regierungsprogramms ist weiterhin unser gemeinsames Ziel. Unsere Bäuerinnen und Bauern sowie vor allem die Konsumentinnen und Konsumenten haben sich Klarheit und Wahlfreiheit in der Kantine und vor dem Supermarktregal verdient. Ich hoffe, dass wir die Herkunftskennzeichnung heuer endlich in vollem Umfang umsetzen und in Kraft treten lassen können", so Strasser. "Die Menschen wollen Klarheit, was im Kantinenessen oder den Produkten drinnen ist und woher die Zutaten kommen", betont der Bauernbund-Präsident. (Schluss) - APA OTS 2021-01-27/13:19

## Bauernvertreter sehen Entwurf für Herkunftskennzeichnung als unzureichend

Verarbeitete Produkte müssen einbezogen werden

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Der vom Gesundheitsministerium heute vorgelegte Verordnungsentwurf für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung für Speisen, die Rindfleisch oder Eier enthalten, wird von heimischen Agrarpolitikern grundsätzlich begrüßt. Es müssten aber noch weitere Schritte folgen, vor allem eine verpflichtende Kennzeichnung bei verarbeiteten Produkten, lautet die einhellige Forderung. \* \* \* \*

"Den vorliegenden Verordnungsentwurf sehe ich als Startpunkt für eine weitergehende Kennzeichnungspflicht. Der EU-rechtlich mögliche Rahmen sollte bestmöglich ausgeschöpft werden, um für Transparenz zu sorgen. Es kann nicht sein, dass die Käfighaltung von Legehennen in Österreich bereits seit einem Jahrzehnt Vergangenheit ist und trotzdem ein großer Teil des Bedarfes in Form von Flüssigei genau aus solchen Haltungssystemen importiert wird. Die von mir seit Jahren geforderte Herkunftskennzeichnung ist zentral für eine positive Entwicklung unserer bäuerlichen Familienbetriebe. In den Küchen des Landes Oberösterreich etablieren wir mit der Initiative 'Wir essen regional' bereits ein entsprechendes System", betont Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger**. "Die Menschen brauchen wirkliche Wahlfreiheit bei der Herkunft ihrer Lebensmittel, um sich bewusst für unsere kleinstrukturierten Familienbetriebe entscheiden zu können", so der Landesrat.

## **Hechenberger: Herkunftskennzeichnung muss in vollem Umfang umgesetzt werden**

"Im Regierungsprogramm steht detailliert, dass eine verpflichtende Kennzeichnung bei verarbeiteten Produkten sowie in der Gemeinschaftsverpflegung bei den Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier umgesetzt wird. Von Minister Anschöber wird aber nur eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung für die Produkte Rindfleisch und Eier vorgeschlagen. Das ist viel zu wenig, hier braucht es entsprechende Nachschärfungen und konkrete Vorgaben, sonst haben wir wieder eine halbherzige Verordnung", fordert der Tiroler-Bauernbund-Abgeordnete und LK-Präsident **Josef Hechenberger**. "Die Konsumenten haben ein Recht darauf zu wissen, woher ihre Produkte stammen. Gerade bei verarbeiteten Erzeugnissen gibt es sehr viel Spielraum zu tricksen, das kann nur durch eine transparente Herkunftskennzeichnung unterbunden werden", so Hechenberger.

## **Eßl: Keine Minimalvariante bei Herkunftskennzeichnung und Tierwohl**

"Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung ist wesentlich, um den Konsumenten mehr Sicherheit und Transparenz zu bieten. Sie ist aber auch ein wichtiger Faktor zur Verbesserung des Tierwohls", pocht ÖVP-Tierschutzsprecher **Franz Eßl** auf die Einhaltung des Regierungsübereinkommens. "Eine Minimalvariante bei der Herkunftskennzeichnung, wie sie heute vom Gesundheitsminister präsentiert wurde, ist eindeutig zu wenig. Vor allem auf die Herkunftskennzeichnung bei den verarbeiteten Produkten wurde im vorliegenden Entwurf zur Gänze vergessen", stellt Eßl fest. Hier müsse der rechtliche Rahmen noch ausgeschöpft werden. (Schluss)

## **Russland zieht Getreide-Exportzölle an**

### **Erneute Erhöhung ab März**

Moskau, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - In Russland soll der Ausfuhrzoll von 25 Euro je t Weizen für Exporte außerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) ab dem 15. Februar 2021 bis lediglich zum Ende des Monats gelten und ab dem 1. März bis 30. Juni auf 50 Euro je t erhöht werden. Mit diesem jetzt gefassten Beschluss hat die Regierung in Moskau ihre Anordnung von Mitte Dezember geändert. Eine weitere Korrektur betrifft die Ausfuhren von Gerste und Körnermais, die ab dem 15. März mit Abgaben von 10 beziehungsweise 25 Euro je t zu belegen sind. All dies gilt jedoch nur im Rahmen des bis Ende 2020/21 in Höhe von insgesamt 17,5 Mio. t beschlossenen Tarifkontingents für die Getreideexporte. Im Falle einer Überschreitung der Kontingenthöhe soll auf alle Getreidearten ein Sonderzollsatz von 50%, aber mindestens 100 Euro je t angewendet werden. (Schluss) pom

## **Leipnik-Lundenburger profitierte 2020 von hoher Nachfrage nach Markenmehlen**

### **Ergebnis vor Steuern um 30% gesteigert - Umsatz um knapp 4% gesunken**

Wien, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2019/20 stand auch die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG (LLI) wie die gesamte Wirtschaft unter dem enormen Druck und Stress der Corona-Pandemie. Trotzdem hat die breite und solide Aufstellung des Gesamtkonzerns insgesamt einen deutlich positiven Ausgleich der unterschiedlichen Geschäftsverläufe in den einzelnen Segmenten ermöglicht, wie das Unternehmen betont. Demnach

erwirtschaftete die LLI im Geschäftsjahr 2019/20 einen Umsatz von 1.078,35 Mio. Euro. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr zwar einen leichten Umsatzrückgang von 3,8%, das Ergebnis vor Steuern konnte aber gleichzeitig um 29,7% auf 48,28 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2019/20 deutlich gesteigert werden. Ausschlaggebend für das gute Ergebnis waren laut dem Unternehmen die stark gestiegene Nachfrage bei Markenmehlen sowie die positiven Entwicklungen im Segment "Sonstige Beteiligungen". \* \* \* \*

"Mit ihren zwei operativen Standbeinen Mühlen und café+co, vor allem aber auch mit einer klug differenzierten Markenstrategie innerhalb ihrer einzelnen Segmente ist die LLI breit und damit nachhaltig krisenresilient aufgestellt. Insgesamt konnten wir das Ergebnis trotz eines extrem herausfordernden Jahres erfreulicherweise deutlich steigern", so LLI-Generaldirektor **Josef Pröll**. "Gleichzeitig ist es durch entsprechende Hygienemaßnahmen und betriebliche Vorkehrungen gelungen, die Sicherheit und Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kundinnen und Kunden bestmöglich zu gewährleisten. So konnten wir als größter europäischer Mehlproduzent auch als regionaler Nahversorger unserer Verantwortung für die Grundversorgung in all unseren Standortländern nachkommen."

### **Mehl & Mühle: Höhere Paketmehl-Nachfrage im Lockdown steigert Ergebnis**

Die GoodMills Group erzielte 2019/20 Umsatzerlöse in der Höhe von 868,42 Mio. Euro. Während die Gesamtvermahlungsmenge aufgrund der gesunkenen Nachfrage im Bereich etwa der Großbäckereien im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht rückläufig war, konnte dieser Rückgang durch eine massiv gestiegene Nachfrage nach Marken- und Paketmehl sowie bei Durum (Teigwaren) überkompensiert werden. Das Ergebnis vor Steuern konnte damit um 15,8% auf 30,24 Mio. Euro deutlich gesteigert werden. Pröll dazu: "Die Entscheidung, parallel zum sogenannten Industriemehl für Großbäckereien und die Lebensmittelwirtschaft auch bewusst den Endkonsumenten mit einer Markenstrategie anzusprechen, hat sich absolut bezahlt gemacht."

Die GoodMills Group mit Sitz in Wien und 24 Mühlen in sieben Länderorganisationen sei als Marktführer in Europa durch entsprechende Hygienekonzepte an allen Standorten seiner Verantwortung für die Grundversorgung mit Mehl nachgekommen. Die Aufrechterhaltung des Mühlenbetriebs sei durch die etablierte "Team-Lösung" mit strikt getrennten Zwei-Schicht-Teams im zweiten Lockdown stärker gefordert gewesen als im ersten.

### **Ausbau- und Modernisierungsprojekte für mehr Effizienz**

Auch künftig legt das Unternehmen den Fokus auf Innovation, Effizienzsteigerung und Markenpräsenz. Teil dessen ist auch die Investitionsoffensive in Deutschland, im Zuge derer der Mühlenneubau in Krefeld wie geplant im Sommer 2021 abgeschlossen wird. Mit der neuen Mühle wird die GoodMills Group die Effizienz steigern und mit einer Vermahlungskapazität von 408.000 t pro Jahr die Basis für nachhaltiges Wachstum legen. Zudem wird die Mühle neue Maßstäbe bei Produktsicherheit, Hygiene und Energieeinsatz setzen. Zusätzlich wurde in Deutschland im abgelaufenen Geschäftsjahr mit der Investition in neue Produktionslinien für Couscous und Bulgur sowie für proteinreiches Mehl begonnen. Diese Investitionen von insgesamt 27 Mio. Euro werden im laufenden neuen Geschäftsjahr bereits in Betrieb gehen können. Auch in Polen startet im heurigen Jahr ein Ausbau- und Modernisierungsprojekt der Mühle in Kutno mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in der Höhe von 21 Mio. Euro, berichtet Pröll.

## Vending: Auswirkungen geänderter Rahmenbedingungen

Die Geschäftsentwicklung 2019/20 im Segment Vending war von der Corona-Pandemie und den Eindämmungsmaßnahmen stark geprägt: Durch Rückgänge im Tourismus mit geschlossenen Gastronomie- und Hotelleriebetrieben und dem damit verbundenen eingeschränkten privaten und beruflichen Reiseverkehr auf Flughäfen, Autobahn-Raststätten und in Bahnhöfen sowie aufgrund von Homeoffice in vielen Unternehmen ist die Konsumation an den Automaten gesunken. Insgesamt hat die café+co-Gruppe einen Umsatz von 209,93 Mio. Euro erwirtschaftet, was einem Rückgang von 12,3% entspricht. Auch das EBT (Gewinn vor Steuern) war mit 8,39 Mio. Euro rückläufig. Als Reaktion auf diese fordernde Situation wurden Kosteneinsparungs- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen auf- und umgesetzt. Gleichzeitig hat die café+co-Gruppe die Digitalisierungsoffensive des Unternehmens weiter vorangetrieben, um sowohl den Komfort als auch die Sicherheit für die Kunden weiter zu erhöhen. Teil dessen war etwa der Ausbau des kontaktlosen Bezahlensystems SmartPay sowie die Installation von Telemetrie-Einheiten für Monitoring und Fernwartung der Geräte.

Insgesamt ist für das Geschäftsjahr 2019/20 ein konstanter, leicht wachsender Gerätebestand im Vergleich zum Vorjahr vorzuweisen. Der Gerätezuwachs im internationalen Bereich mit einem Plus von 2% auf 28.030 Geräte kompensiert dabei die leicht rückläufige Entwicklung in Österreich im Heißgetränkeautomaten- (HGA) und Office-Coffee-Service (OCS)-Bereich. Die Zahl der Nicht-Heißgetränkeautomaten entwickelt sich national und international positiv. Durch den raschen Roll-out des kontakt- und bargeldlosen Bezahlens und mit Einführung einer neuen Payment-App via Smartphone im ersten Quartal 2021 leistet die café+co-Gruppe zukünftig zudem einen wesentlichen Beitrag für den Komfort und die Sicherheit der Kunden, teilt das Unternehmen mit. (Schluss)

## Land Tirol stellt 35.267 ha landwirtschaftliche Vorsorgeflächen unter Schutz

Hechenberger: Wichtiger Schritt zur Absicherung der bäuerlichen Produktion

Innsbruck, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Das Land Tirol hat einen Raumordnungsplan für landwirtschaftliche Vorsorgeflächen beschlossen. "Damit wurde auf Landesebene ein wichtiges Element zum stärkeren Schutz von insgesamt 35.267 ha hochwertiger Böden geschaffen", zeigte sich Landwirtschaftskammer (LK) Tirol-Präsident **Josef Hechenberger** erfreut. Denn der Druck auf Grund und Boden ist in keinem anderen Bundesland so stark wie in Tirol. \* \* \* \*

"Durch den Beschluss erwarte ich mir eine verlässliche Widmungspolitik, die dem rasanten Bodenverbrauch in unserem Land entgegenwirkt und verbindlich ist", erklärte Hechenberger. Schließlich profitiere nicht nur die Landwirtschaft davon, sondern letztendlich die Gesamtbevölkerung. "Die Vorsorgeflächen sind nämlich auch ein Beitrag zum Erhalt der Versorgungssicherheit beziehungsweise der heimischen Lebensmittelerzeugung. Denn vor allem den nachfolgenden Generationen sind wir es schuldig, Tirol verantwortungsvoll und mit Augenmaß weiterzuentwickeln", unterstrich Hechenberger. (Schluss)

## **LK NÖ: Qualitätsmarke "Gutes vom Bauernhof" für klare Marktpositionierung nutzen**

Bäuerliche Direktvermarkter profitieren von Vorteilen - Neueinsteiger willkommen

St. Pölten, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - In Zeiten zunehmender Wertschätzung für regionale Lebensmittel gibt die Qualitätsmarke "Gutes vom Bauernhof" Sicherheit für bäuerliche Herkunft. "Gutes vom Bauernhof" steht für professionelle Direktvermarktung hochwertiger Lebensmittel aus garantiert bäuerlicher Produktion und ist seit nunmehr 20 Jahren eine wertvolle Orientierungshilfe für die Konsumenten. Mit der neuen Richtlinie kann der eigene Betrieb als Qualitätsdirektvermarkter noch besser positioniert werden, berichtet die Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich. \* \* \* \*

### **Auszeichnung für qualitätsvolle, bäuerliche Direktvermarktungsbetriebe**

So wird mit der national anerkannten und EU-notifizierten Qualitäts- und Herkunftsrichtlinie die Basis dafür geschaffen, auch in Zukunft das Zeichen für hochwertige, regionale Qualität vom Bauernhof zu sein. Jeder bäuerliche Betrieb kann daran teilnehmen und sich dadurch noch besser von Herstellern oder Händlern unterscheiden, die das Image der Bäuerlichkeit als Trittbrettfahrer für ihr Marketing nutzen. Sicherheit gibt ein einfaches, klares und transparentes Kontrollsystem - für die Bauern wie auch für die Konsumenten.

Vorteile für "Gutes vom Bauernhof"-Betriebe sind eine überregionale Bewerbung des Betriebes, die Vertrauensbildung bei den Konsumenten, eine klare Positionierung am Markt, eine laufende Qualitätsverbesserung durch individuelle Bildungs- und Beratungsangebote, die Imagesteigerung und Attraktivität für neue Zielgruppen sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an weiteren Marketingaktivitäten und -aktionen.

### **Einstieg in die Qualitäts- und Herkunftssicherung**

Bäuerinnen und Bauern, die sich von anderen abheben und ihren Betrieb als Leitbetrieb für regionalen Einkauf positionieren wollen, sind bei "Gutes vom Bauernhof" genau richtig. Die LK NÖ geht mit den Betrieben den gesamten Prozess von der Anmeldung bis zur Umsetzung gemeinsam durch. Mit dem Betriebs-Check vor Ort können sich die Betriebe auf die Zertifizierung bestmöglich vorbereiten.

Für die Beratung betragen die Kosten für eine einmalige Hofpauschale 30 Euro. Eine 100%ige Förderung der Kosten wird für die Erstkontrolle garantiert. Der jährliche Mitgliedsbeitrag für "Gutes vom Bauernhof" inklusive Mitgliedschaft beim Landesverband für bäuerliche Direktvermarkter beträgt 100 Euro; hinzu kommen die betriebspezifischen Kontrollkosten alle vier Jahre. Weitere Informationen können telefonisch unter der Tel.-Nr. 05 0259-26500 oder im Internet unter <https://direktvermarktung-noe.at> eingeholt werden. (Schluss)

## **Projekt LIFE WolfAlps EU zur besseren Koexistenz von Wolf und Mensch im Alpenraum**

Österreich für Etablierung von Herdenschutzmaßnahmen und Prävention von illegaler Verfolgung zuständig

Raumberg, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Der Wolf (*Canis lupus*) besiedelt nach den Westalpen in Italien und Frankreich zunehmend die östlicher gelegenen Teile der Alpen in der Schweiz, Österreich, Deutschland und Slowenien. 2019 startete das Projekt LIFE WolfAlps EU - eine Kooperation von 19 Partnern aus Italien, Slowenien, Frankreich und Österreich, die gemeinsam an der Entwicklung von Unterstützungsmaßnahmen für das Zusammenleben von Menschen und der sich ausbreitenden Wolfspopulation in den Alpen arbeiten. Hauptziele sind einerseits die Beobachtung, das Management und der Erhalt der Wolfspopulation im Alpenraum, andererseits werden Maßnahmen zur Reduzierung von Konflikten zwischen Menschen und den großen Beutegreifern sowie zur Unterstützung einer Koexistenz gesetzt. Bei den österreichischen Projektteilnehmern, der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der HBLFA Raumberg-Gumpenstein, liegt der Schwerpunkt auf der Etablierung von Herdenschutzmaßnahmen und der Prävention von illegaler Verfolgung. \* \* \* \*

### **Entwicklung und Etablierung von Notfallteams**

An der HBLFA Raumberg-Gumpenstein wird derzeit an der Entwicklung sogenannter Notfallteams (Wolf Prevention Intervention Units) gearbeitet. Dabei handelt es sich um geschulte Gruppen, die bei durch von Wölfen verursachten Schäden an Nutztieren den betroffenen und benachbarten Landwirten vor Ort erste Hilfe leisten sollen. Mögliche Maßnahmen beinhalten unter anderem die Errichtung von Nachtpferchen und Zäunen oder auch den Einsatz von Vergrämungsmaßnahmen, wie etwa Blinklichter. Bei der Etablierung der Teams und der Zusammenarbeit mit den Bundesländern hilft das Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs, indem es unter anderem auch die langfristige Finanzierung der Einsätze der Teams trägt.

**Ferdinand Ringdorfer**, Projektkoordinator an der HBLFA, erklärt: "Die Teammitglieder verfügen über landwirtschaftliches Hintergrundwissen und werden für ihren Einsatz geschult. Vorerst ist geplant, dass an drei Standorten in Österreich je ein Team mit bis zu acht Mitgliedern installiert wird. Bei einem Einsatz werden je nach Bedarf ein bis vier Personen ausrücken." Im Sommer 2020 fanden erste Schulungen und Probeeinsätze an der HBLFA Raumberg-Gumpenstein statt. Die Schule evaluiert auch den Einsatz neuer Technologien im Herdenschutz mittels GPS-Sendehalsbändern für Schafe.

### **Alpenweites Monitoring und Reduktion illegaler Verfolgung**

Forscher an der Veterinärmedizinischen Universität Wien beschäftigen sich im Rahmen des Projektes mit der Entwicklung von Monitoringstandards für eine einheitlichere Erhebung der Wolfszahlen im Alpenraum und gleichen jährlich die Daten aus den teilnehmenden Ländern ab. Dadurch kann die Gesamtzahl der großen Beutegreifer in den Alpen erstmals auf Populationsebene beurteilt werden. Auf EU-Ebene wird die Abstimmung und Weiterentwicklung von Genetikmethoden im Projekt vorangetrieben und umfasst dabei die Involvierung aller bisher mit Wolfsgenetik befassten Institute in den Alpenländern.

Ein weiterer Schwerpunkt des EU-Projektes adressiert die Prävention von illegaler Verfolgung dieser Tiere. **Felix Knauer**, Projektleiter an der Veterinärmedizinischen Universität Wien, erklärt: "Der Wolf ist eine rechtlich streng geschützte Tierart. Das Projekt zielt darauf ab, illegaler Verfolgung von Wölfen im gesamten Alpenraum vorzubeugen." So werden Polizisten entsprechend geschult, um die Wahrnehmung möglicher illegaler Verfolgung zu erhöhen und das Vorgehen im Fall des Falles zu thematisieren. Zusätzlich wird ein Suchhund ausgebildet, der präventiv und bei Verdacht im Auftrag der Polizei auch aktiv nach ausgelegten Giftködern und Kadavern suchen kann.

Weitere Informationen und Downloads rund um das Projekt werden auf der Homepage [www.lifewolfalps.eu](http://www.lifewolfalps.eu) bereitgestellt. (Schluss)

## **Engerlinge im Grünland: Webinar über Prävention und Bekämpfung**

Online-Schulung am 11. März

Wien, 27. Jänner 2021 ([aiz.info](http://aiz.info)). - Begünstigt durch Trockenperioden treten im Grünland immer mehr Engerlinge auf. Durch den oft fehlenden Niederschlag im Frühjahr finden die Käfer optimale Bedingungen zur Eiablage in bereits geschwächten Grünlandstandorten und sorgen dann für teils erhebliche Schäden. Das Österreichische Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung (ÖKL) nimmt sich in einem Webinar am 11. März 2021 dieses Themas an und beleuchtet mit zwei LK-Experten die Möglichkeiten der Prävention und Bekämpfung. \* \* \* \*

400 Engerlinge oder mehr können pro m<sup>2</sup> Grünlandboden auftreten und durch den Fraß von Pflanzenwurzeln enormen Schaden anrichten, wodurch es zu Futterausfällen ganzer Regionen kommen kann. Neben den Ernteaufgängen kommt in Hanglagen zusätzlich das erhöhte Sicherheitsrisiko zum Tragen. Durch abgefressene Wurzeln erhöht sich die Gefahr durch Abrutschen mit dem Untergrund bei Überfahrten mit landwirtschaftlichen Maschinen.

Michael Fritscher von der Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich wird gemeinsam mit Johannes Hintringer vom Maschinenring (MR) Oberösterreich im Webinar über die Biologie, Präventionsmaßnahmen sowie Methoden der Engerlingsbekämpfung referieren. Es besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Das ÖKL-Webinar findet am Donnerstag, 11. März 2021, von 13.30 bis zirka 15.30 Uhr statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 19 Euro (mit landwirtschaftlicher Betriebsnummer). Anmeldungen sind auf der Homepage <https://oekl.at/webshop/veranstaltungen/> oder unter der Tel.-Nr.: 01/5051891 möglich. (Schluss)

## 34 neue Imkerfacharbeiter an der LFS Warth ausgebildet

Großteil der Absolventen schließt Meisterausbildung an

Warth, 27. Jänner 2021 (aiz.info). - Die naturverbundene Arbeit mit den Bienen sowie das Know-how rund um die Imkerei haben stark an Attraktivität gewonnen. Das zeigt sich auch daran, dass kürzlich an der Imkerschule Warth 34 Teilnehmer den Kurs zum Imkerfacharbeiter mit der kommissionellen Prüfung abgeschlossen haben. Die Ausbildung wurde Corona-bedingt teilweise online, kombiniert mit Präsenzphasen in Kleingruppen, durchgeführt. Die Teilnehmer kamen aus ganz Österreich, fünf sogar aus Deutschland. "Sie besitzen nun die fachliche Qualifikation, Bienenvölker bestmöglich zu betreuen. Schließlich sind die Bienen unverzichtbare Partner der Landwirtschaft und sorgen für eine intakte Natur, denn sie sind für eine flächendeckende Bestäubung der heimischen Pflanzen verantwortlich", erklärt **Karl Stückler**, Leiter der Imkerschule. \* \* \* \*

Ein Großteil der frischgebackenen Facharbeiter beginnt nun die dreijährige Imker-Meisterausbildung. Bis dato wurden in Warth rund 800 Imkerfacharbeiter und über 300 Imkermeister ausgebildet, was rund die Hälfte aller Facharbeiter und Meister in Österreich ausmacht. Niederösterreich ist somit jenes Bundesland, wo die meisten Imkerfacharbeiter und Imkermeister ausgebildet werden.

### Eckdaten zur Imker-Facharbeiterausbildung

Die Voraussetzungen für den Besuch der Facharbeiterkurse, die in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer sowie der Lehrlings- und Fachausbildungsstelle veranstaltet werden, sind das vollendete 20. Lebensjahr und eine vierjährige Imkerpraxis. Die Ausbildung umfasst 200 Stunden, die in fünf einwöchigen Modulen und Praxiskursen zu absolvieren ist. Die Kursinhalte bestehen aus den Grundlagen der Imkerei, Anatomie und Leben der Biene, Bienenpflege sowie -krankheiten und Betriebsmanagement. Die Kurse können ganz individuell besucht werden. Maximale Ausbildungsdauer ist vier Jahre. Weiterführende Informationen sind unter [www.lfs-warth.ac.at](http://www.lfs-warth.ac.at) zu finden. (Schluss)